
Onepager Mikroplastik

Hintergrund

- Am 16. Januar hat die Europäische Kommission ihre lang erwartete Plastikstrategie als Teil des geplanten Kreislaufwirtschaftspakets vorgestellt. Ziel der Kommission ist es, in den Bereichen Abfall-, Chemie- und Produktpolitik koordinierte Ansätze zur Lösung der drängendsten Umweltprobleme von Kunststoffen zu entwickeln. Bisher sind drei Kernaspekte genannt: Plastikproduktion von der Ölproduktion entkoppeln, Recycling und Wiederverwendung von Plastik erhöhen und Plastikeinträge in die Umwelt verringern.
- Die EU-Plastikstrategie sieht vor, bis 2030 sämtliche der in Verkehr gebrachten Kunststoffverpackungen wiederverwendbar und leicht recycelbar zu machen und darüber hinaus mehr als die Hälfte der Kunststoffabfälle zu recyceln. Um dieses Ziel zu erreichen sollen insbesondere mehr Sortier- und Recyclingkapazitäten aufgebaut werden.
- Mit Hilfe von Initiativen der Wirtschaft und koordinierter Maßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene will die Kommission außerdem das sog. Littering und die sog. Mikroplastikverluste bis 2030 drastisch verringern. Um dieses Ziel zu erreichen plant die Kommission ein Verbot von absichtlich hinzugefügtem Mikroplastik in bestimmten Produktgruppen (z. B. Kosmetika, Waschmittel und Farbe).

Aktuelle Lage

- In der finalen Fassung des Ergebnisprotokolls zu den Sondierungsgesprächen von CDU und SPD wird lediglich vage erwähnt, dass die Vermüllung der Weltmeere eingedämmt und Müllvermeidung und Recycling gestärkt werden soll. Das Kreislaufwirtschaftssystem soll weiter auf- und ausgebaut werden. Dies entspricht den Wahlprogrammen beider Parteien.
- Die Grünen hatten als einzige Partei ein Wertstoffgesetz in ihrem Wahlprogramm. Ein solches Gesetz soll Recyclingquoten für Müll vorschreiben. Darüber hinaus sollen Projekte zur Abfallvermeidung gefördert und ein Verbot von Mikroplastik in Kosmetikprodukten durchgesetzt werden. Außerdem sollen die Entwicklung biologisch-abbaubarer Kunststoffe gefördert und eine internationale Konvention zur Verringerung von Plastikmüll vorangetrieben werden. Über eine Ressourcenabgabe soll die Förderung einer Kreislaufwirtschaft mitfinanziert werden.
- Im Gegensatz zu den Grünen setzte die FDP auf eine Steuerung durch den Markt. Hersteller von Produkten sollen auch für die spätere Entsorgung in die Verantwortung genommen werden. Gemeinsam mit internationalen Partnern will die Partei Richtlinien festlegen, um so Anreize für Hersteller und Verbraucher zu schaffen.

Auswirkungen auf den Handel

- In Deutschland haben sich bereits zahlreiche Unternehmen in einer freiwilligen Selbstverpflichtung dazu bereit erklärt, auf den Einsatz von Mikroplastikpartikeln in ihren Produkten zu verzichten. Seit 2015 ist bspw. Zahnpasta frei von Mikroplastik.
- Die Selbstverpflichtung einzelner Unternehmen wird von Umweltverbänden allerdings als nicht ausreichend kritisiert. Verbraucherinitiativen, NABU und Organisationen wie Greenpeace fordern deshalb ein gesetzliches Verbot von Mikroplastik in Deutschland.
- Für eine Verschärfung der Gesetze bzw. die abschließende Beurteilung der Notwendigkeit einer neuen gesetzlichen Regelung reicht jedoch zurzeit der aktuelle Stand der Wissenschaft nicht aus. Es bedarf mehr Forschung in diesem Bereich, um effektive Maßnahmen zu identifizieren sowie technische Potentiale zu erkennen und voll auszuschöpfen. Gleichzeitig sollten mehr Alternativen zu den vorhandenen Kunststoffpartikeln entwickelt werden, so dass Hersteller einfacher auf den Einsatz der Mikroplastikpartikel verzichten können. Um weitere freiwillige Ziele konkretisieren zu können, müsste darüber hinaus zunächst eine klare Begriffsdefinition festgelegt werden.